

# Präsidialansprache Generalversammlung 2019

Dr. Matthias Leuenberger, Präsident scienceindustries

17.05.2019 / Se

---

- es gilt das gesprochene Wort -

**Mehr Pragmatismus, weniger Ideologie: Nur so lassen sich die Herausforderungen der Schweiz lösen.**

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Ineichen-Fleisch, liebe Marie-Gabrielle  
Liebe Mitglieder  
Sehr geehrte Damen und Herren

"Wo stehen wir als Wirtschaft angesichts der politischen Herausforderungen im Wahljahr 2019?"

Lassen Sie mich mit einer kleinen Anekdote beginnen: Ich hatte kürzlich die Ehre und das Vergnügen, unseren Bundespräsidenten Ueli Maurer sowie Frau Staatssekretärin Ineichen-Fleisch auf ihrem Staatsbesuch nach China begleiten zu dürfen. Neben vielen hochrangigen Gesprächen mit der politischen Führung Chinas haben wir auch Jack Ma getroffen. Jack Ma ist der Gründer der weltweit grössten Online-Handelsplattform namens Alibaba und mit einem geschätzten Vermögen von rund 40 Milliarden Dollar auch einer der reichsten Erdenbürger. Seine Feststellung zum Zustand von Europa kann man in etwa so zusammenfassen: *"Ihr habt viel erreicht, seid nun aber zu stark mit der Vergangenheit beschäftigt indem ihr versucht, das Erreichte zu bewahren. Dadurch aber läuft ihr in Gefahr, die Chancen von Morgen zu verpassen."*

Diese Aussage trifft leider auch auf die Schweiz zu: Je länger je mehr verstricken wir uns in politischen Grabenkämpfen, die immer ideologischer und damit auch kompromissloser geführt werden. Beispiele sind insbesondere die Europapolitik, aber auch die Reform der Unternehmenssteuern, über welche wir am Sonntag nun schon zum zweiten Mal abstimmen müssen. Diese politischen Grabenkämpfe, meine Damen und Herren, absorbieren viel Zeit und binden Ressourcen, welche andern Orts dann fehlen, insbesondere etwa im Bereich der Digitalisierung: Die Schweiz läuft Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten mit der Konsequenz, dass Wertschöpfung aus der Schweiz abfließt, abfließt zu innovativen Firmen in den USA oder in China, wie beispielsweise zu Alibaba.

Bevor ich auf einige der aktuellen politischen Herausforderungen näher eingehe, möchte ich ihnen ein paar Fakten in Erinnerung rufen:

- Unsere rund 250 Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren gut 70'000 Mitarbeitenden in der Schweiz unglaubliche 45% der gesamten Exporte aus der Schweiz, das sind rund 104 Milliarden im Jahr oder 285 Millionen Tag für Tag.
  - Ungefähr die Hälfte dieser Exporte geht in die EU – ich komme noch darauf zu sprechen.

- Unsere Mitglieder erwirtschaften im Schnitt 98% ihres Umsatzes im harten internationalen Wettbewerb, während der Umsatzanteil in der Schweiz im Schnitt weniger als 2% beträgt.
  - Freihandelsverträge und die Bilateralen mit der EU sind von sehr grosser Bedeutung.
- Trotzdem sind unsere Mitglieder stark in der Schweiz verwurzelt, was sich darin zeigt, dass hierzulande typischerweise über 20% der weltweiten Kosten anfallen und fast ein Drittel der globalen Forschungsinvestitionen getätigt werden.
- Und last but not least: Dank den hohen Exporten fällt ein grosser Teil der Wertschöpfung in der Schweiz an und wird hier versteuert. Nehmen sie das Beispiel von Novartis: Wir haben im 2018 in der Schweiz ca. 700 Millionen Franken Steuern bezahlt, das sind fast 40% der weltweiten Steuern, dies obwohl der Umsatzanteil in der Schweiz bloss 2% ausmacht. Die Steuern der Mitarbeitenden sowie Zulieferer sind dabei noch gar nicht eingerechnet. Der Staat und damit jede Bürgerin und jeder Bürger profitieren damit ebenfalls von der hohen Wertschöpfung unserer Mitglieder.

Meine Damen und Herren: Dieser Leistungsausweis ist nicht selbstverständlich, sondern hart erarbeitet. Als Wirtschaft stellen wir allerdings fest, dass diese unternehmerischen Leistungen von Politik und Gesellschaft immer mehr als eben "selbstverständlich" empfunden werden. Und dies ausgerechnet in einem politischen Umfeld, in dem die Anzahl der ungelösten globalen wie regionalen Fragen zu- und nicht etwa abnimmt.

So machen es die zunehmenden Unsicherheiten und Spannungen im internationalen Handel, wie etwa diejenigen zwischen den USA, China und der EU, der ungelöste Brexit sowie die anhaltende Blockierung der Welthandelsorganisation WTO, für unsere Mitgliedsunternehmen immer schwieriger, den Zugang zu den globalen Märkten zu erhalten.

Aber auch in der Schweiz scheint zunehmend vergessen zu gehen, was die Pfeiler unseres Erfolgs und unseres Wohlstands sind. Schauen Sie sich nur die Initiativen an, über die wir abstimmen, sei es dieses Wochenende über die Reform der Unternehmenssteuern und – einmal mehr – über Europa oder nächstes Jahr über das Verbot von Pflanzenschutzmitteln, über die sogenannte Konzernverantwortungsinitiative – welche richtigerweise Unternehmens-Verantwortungs-Initiative heissen muss, denn diese betrifft alle Unternehmen in der Schweiz, ob klein oder gross – oder über die Begrenzungsinitiative, welche richtigerweise "Kündigungsinitiative" heissen muss, denn sie zielt auf die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens hin.

Einen Lichtblick in diesem doch etwas düsteren Umfeld stellt der Umgang der Schweiz mit dem Brexit dar. Als einziges Land konnte die Schweiz - und damit sei Ihnen, Frau Staatssekretärin, ein erstes Mal gedankt - auf den Zeitpunkt eines Brexits mit dem Vereinigten Königreich ein Abkommen über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, das Handelsabkommen, das Versicherungs- und das Strassenverkehrsabkommen sowie das Luftverkehrsabkommen unterzeichnen. Das verschafft der Wirtschaft beider Länder die nötige Rechtssicherheit. Im Weiteren einigten sich die beiden Handelspartner auf die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen in den drei für uns wichtigen Kapiteln des Mutual Recognition Agreements (MRA) Schweiz – EU.

Dieser Erfolg der Schweizer Handelsdiplomatie zeigt, dass wir uns als zwar volkswirtschaftlich erfolgreiche, aber letztlich kleine Nation, internationalen Tendenzen nicht entziehen, aber aus der Situation das Beste machen können. Dies bedingt, dass wir als Gesellschaft und Wirtschaft zuerst unsere eigenen Hausaufgaben möglichst gut - das heisst **pragmatisch** - lösen sollten.

Ich komme damit auf die politischen Herausforderungen zu sprechen und beginne gleich mit der aktuell dringendsten - aber auch schwierigsten - Frage, nämlich:

## 1. Wie sollen wir unser zukünftiges Verhältnis zur Europäischen Union regeln?

Grundsätzlich sind wir uns weitgehend einig, welches die wesentlichen Erfolgsfaktoren unseres Landes und damit die Basis unseres Wohlstandes sind: die politische und fiskalische Stabilität, die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Politik, die internationale Spitzenstellung unserer Hochschulen, das duale Bildungssystem, die stattliche Anzahl an Freihandelsabkommen und **sicher auch die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union**.

Letzte Woche hat die Bertelsmann Stiftung in Deutschland eine interessante Studie veröffentlicht: Sie ging der Frage nach, welche Länder und Regionen am meisten vom EU-Binnenmarkt profitieren – es ist dies die Schweiz. Der Titel in der Basler Zeitung vom vergangenen Donnerstag lautete: *"Zürich, Basel und das Tessin schlagen viel mehr Profit aus dem EU-Handelsraum als Brüssel oder Berlin"*.

Die Erklärung dafür ist ebenso so simpel wie evident: Dass die Schweiz überdurchschnittlich vom Binnenmarkt profitiert, liegt an ihrer starken Ausrichtung auf den Aussenhandel mit Europa. Beim Exportvolumen von Gütern hat die EU einen Anteil von 60%. Bei den Dienstleistungen beträgt der Anteil rund 50%. Ganz generell zeigt die Studie, dass kleinere, hochproduktive Länder mit starken Aussenhandelsbeziehungen – wie eben die Schweiz – überproportional Vorteile aus dem Binnenmarkt ziehen.

Unsere Industrien und damit der Wirtschaftsstandort Schweiz profitieren also ganz erheblich vom EU-Binnenmarkt und von den Bilateralen, die den ungehinderten Marktzugang überhaupt erst möglich machen. Für unsere forschungsintensiven, exportorientierten Unternehmen sind die bestehenden bilateralen Abkommen daher ein wichtiger Standortfaktor, zumal eine gleichwertige Alternative nicht in Sicht ist.

Folgerichtig unterstützt scienceindustries den vorliegenden Vorschlag des Bundesrates für ein Rahmenabkommen mit der EU, und zwar in der vorliegenden Version. Das heisst nicht, dass man nicht noch bei einzelnen Fragen klärende Gespräche führen soll. Aber wir müssen aufpassen, dass wir den Bogen nicht überspannen.

Und: Wenn Herr Staatssekretär Balzaretti das Resultat der sogenannten "Konsultationen" verkündet mit: Ein "Ja" und 512 "Aber" dann ist der Bogen mit Sicherheit überspannt und ich denke es ist allerhöchste Zeit, dass wir wieder etwas mehr Pragmatismus an den Tag legen.

Zum einen ist es nicht wahrscheinlich, dass sich die EU bei den wesentlichen Fragen auf Nachverhandlungen einlässt – Stichworte sind hier die Unionsbürgerrichtlinien UBRL, die flankierenden Massnahmen FlaM sowie die staatlichen Beihilfen. Zum anderen ist das meines Erachtens auch gar nicht nötig, ja sogar kontraproduktiv, denn das institutionelle Rahmenabkommen InstA dient ja gerade dazu, Divergenzen in einem geordneten Prozess zu besprechen und zu lösen. Heute, ohne InstA, sind wir – wenn man so will – der "Willkür" der EU ausgeliefert wie das Beispiel der drohenden Aberkennung der Börsenäquivalenz zeigt. Mit dem Rahmenabkommen wäre eine solche "Sanktion" sicher unzulässig.

Sparen wir uns diese 512 Fragen also für danach auf. Es ist ja auch nicht so, dass jede Divergenz notwendigerweise zu unseren Ungunsten ausgeht, wie das gerne suggeriert wird. Bei der Frage der UBRL bspw. hat die Schweiz sehr gute Argumente, denn es leuchtet schlechterdings nicht ein, warum wir EU-Bürgern die gleichen Rechte einräumen sollten wie in der EU. Wir sind nicht Teil der EU und damit dürfen die Rechte der EU-Bürger logischerweise auf jene beschränkt werden, welche sich sachlich aus den Marktzugangsabkommen ergeben.

Auch beim Thema staatliche Beihilfen denke ich, sollten wir entspannt bleiben. Denn: Subventionen und staatliche Beihilfen aller Art sind auch in der EU bestens bekannt und gang und gäbe.

Noch ein Wort zu den FlaM: scienceindustries steht ohne "Wenn und Aber" hinter dem Lohnschutz, ruft aber gleichzeitig die Gewerkschaften auf, im Interesse des Wirtschaftsstandortes Schweiz pragmatischen Lösungen Hand zu bieten. In der Zeit der Digitalisierung muss es doch einfach möglich sein, die Vorlaufzeit, um einige

Tage zu kürzen – man muss nur wollen. Das Schielen auf Partikularinteressen bringt uns nicht weiter, sondern schadet der Wirtschaft und damit auch allen Angestellten.

Damit mir niemand den Vorwurf macht, ich würde als Verbandsvertreter den Profit über die Volksrechte resp. die Souveränität der Schweiz stellen, möchte ich mich auch zu diesem Punkt kurz äussern: Ich bin überzeugt, dass weder die "Souveränität" der Schweiz noch die Volksrechte mit dem Rahmenabkommen angetastet, respektive eine Verschlechterung erfahren werden. Die Realität heute ist doch, dass das Schweizer Parlament EU Gesetze und Richtlinien "autonom" nachvollzieht und ich wage zu behaupten, dass das nur die wenigsten Bürgerinnen und Bürger wissen. Im Übrigen ist kein Land völlig frei von Verpflichtungen – erfolgreiche Länder zeichnen sich eben gerade dadurch aus, dass sie gut vernetzt sind, sprich viele internationale Handelsabkommen abgeschlossen haben. Mit dem Rahmenabkommen ändert sich im Prinzip nichts. Das Parlament ist nach wie vor zuständig für die Gesetze in der Schweiz und es gibt keine "automatische" Rechtsübernahme, wie das gerne von den Gegnern behauptet wird. Im Gegenteil: Die demokratischen Mitwirkungsrechte des Schweizer Stimmvolkes werden mit dem Rahmenabkommen ausdrücklich gewahrt. Nach wie vor kann gegen jedes unliebsame Gesetz das Referendum ergriffen werden – das Volk hat und behält das letzte Wort, so wie es bei uns schon immer war.

Ich komme zum Fazit: Angesichts der Dringlichkeit und Wichtigkeit dieses Dossiers bin ich der Ansicht, dass der Bundesrat nun sehr schnell klärende Gespräche mit der EU führen, dann aber das Rahmenabkommen unterzeichnen sollte. Bei einer Nichtunterzeichnung ist es absehbar, dass der bilaterale Weg zu einem kompletten Stillstand kommt und weiterer Schaden für die Schweizer Wirtschaft sowie die akademische Forschung zu befürchten ist. Es kann dazu führen, dass die EU-Kommission die Äquivalenzanerkennung der Schweizer Börse verweigert, das MRA nicht mehr nachgeführt und die Schweiz nicht mehr vollasoziiert am nächsten EU-Forschungsprogramm "Horizon Europe" teilnehmen kann.

Meine Damen und Herren, es kann auch dazu führen, dass es dereinst die grösste Exportbranche treffen könnte, nämlich die unsrige.

Neben den gesicherten Beziehungen zur EU ist ein Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen Weltregionen mit weiteren Freihandelsabkommen - insbesondere mit den USA und Mercosur - essenziell für den zukünftigen Erfolg unserer Industrie. Dies bringt mich zum Thema, welches ich gerne etwas kürzer halten werde. Es geht um den Schutz des geistigen Eigentums und hier sind wir der Meinung – es wird sie kaum überraschen – dass:

## **2. Mindeststandards beim Schutz des Geistigen Eigentums zwingend sind und dass ein qualitativ hochstehendes Abkommen wichtiger ist als ein schneller Abschluss.**

Gestatten Sie mir, Frau Staatssekretärin, deshalb auch einige Worte zum weltweiten Marktzugang. Wir schätzen die von Ihnen und dem SECO geleistete Arbeit ausserordentlich, wofür wir Ihnen zum zweiten Mal ganz herzlich danken. Als führende Exportindustrie unterstützen wir Sie bei der Aushandlung weiterer Freihandelsabkommen wo wir nur können, denn die USA, Indonesien und die Mercosur-Staaten sind interessante Zielmärkte für unsere Industrien.

Dem Vernehmen nach sind die Verhandlungen im Rahmen der EFTA zum Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten bereits weit fortgeschritten, so dass mit einem Abschluss gegen Ende Sommer 2019 gerechnet wird. Mit Blick auf den Schutz des Geistigen Eigentums muss aber auch hier eine explizite Anerkennung des internationalen Schutzstandards TRIPS inkludiert sein, einschliesslich der Akzeptanz des Imports von patentgeschützten Waren als Ausübung des Patents und dem angemessenen Schutz der Testdaten von Arznei- und Pflanzenschutzmitteln.

Damit komme ich zum dritten Thema, welches in den letzten Wochen ebenfalls hohe Wellen geschlagen hat. Ich spreche vom Klima und von der Frage,

### **3. wie wir als Gesellschaft und Wirtschaft mit unserer Umwelt umgehen sollen?**

Nachhaltiges Wirtschaften ist für unsere globale Industrie seit langem eine Selbstverständlichkeit. So hat die chemisch-pharmazeutische Industrie schon 1985 die globale Initiative "Responsible Care" ins Leben gerufen und in mehr als 60 Ländern umgesetzt. Diese Initiative stellt Richtlinien auf zum sicheren Umgang mit chemischen Produkten über deren gesamten Lebenszyklus und fokussiert dabei auf die Verbesserung der Lebensqualität und die nachhaltige Entwicklung. In der Schweiz setzt sich scienceindustries aktiv für die Einhaltung dieser weltweiten Responsible Care-Grundsätze ein.

Folgerichtig unterstützt scienceindustries den vom Ständerat in der Frühjahrsession beschlossenen Entscheidung, das Emissionshandelssystem Schweiz – EU miteinander zu verknüpfen. Die Reduktion der Treibhausgase um 14% durch Schweizer EHS-Unternehmen ist denn auch ein bedeutender Beitrag zum Emissionsverminderungsziel der Schweiz bis 2020.

Bei der Reduktion des klimaschädlichen CO<sub>2</sub> ist scienceindustries überzeugt, dass sich die Zielvereinbarungen zur Befreiung der CO<sub>2</sub>-Abgabe als Erfolgsmodell bewährt haben. Dieses Modell sollte deshalb allen Unternehmen offenstehen. Statt einer komplizierten Härtefallregelung soll weiterhin die Möglichkeit zur teilweisen Kompensation von CO<sub>2</sub> im Ausland bestehen. Bisher konnte diese Möglichkeit nicht vollständig ausgeschöpft werden. Für Industrieunternehmen bleiben Reduktionsmassnahmen und die entsprechenden Investitionen im eigenen Betrieb auch bei einer vollen Anrechnung von Auslandmassnahmen attraktiver. Eine übermässige Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe würde zu einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Standorten im Ausland führen, weshalb sich scienceindustries dagegen ausspricht.

Der Verzicht auf die Rückverteilung der CO<sub>2</sub>-Abgabe würde die Wirkung der Abgabebefreiung deutlich vermindern, da für viele Unternehmen eine Zielvereinbarung aus wirtschaftlicher Perspektive ohne Rückverteilung nicht mehr attraktiv wäre. Aus diesem Grund fordern wir die Beibehaltung dieser Regelung im revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz.

Bei der Umweltpolitik tut die Schweiz generell gut daran, nicht auf einen helvetischen Alleingang zu setzen und so ohne sachlichen Grund unseren Wirtschaftsstandort im weltweiten Wettbewerb zu benachteiligen.

Dies gilt auch für die Forderungen der Unternehmens-Verantwortungs-Initiative UVI, die uns in den kommenden Jahren noch vielfältig beschäftigen wird. Sie ist wohl gut gemeint, mit den kaum begrenzten Klagemöglichkeiten in der Schweiz aber sicher überrissen und daher abzulehnen. Eine Annahme der Initiative würde mit einer stark ausgeweiteten Sorgfaltspflicht zu weiterer Bürokratie am Standort Schweiz führen und die Unternehmen zusätzlichem Risiko rechtlicher Klagen aus aller Welt aussetzen. Dies wäre international einmalig und würde der Attraktivität des schweizerischen Wirtschaftsstandorts weiter schaden.

Der Gegenvorschlag des Nationalrats korrigiert die Fehlkonzeptionen der Initiative nicht entscheidend und die Haftungsgrundlage bleibt viel zu offen. Verbesserungen wären nötig durch eine Einschränkung des Rechtskataloges und der Sorgfaltspflicht sowie bei den Themen Haftung und Subsidiarität.

scienceindustries lehnt deshalb die UVI und den Gegenvorschlag ab und begrüsst den Entscheid des Ständerates, die Volksinitiative abzulehnen und nicht auf den Gegenvorschlag einzutreten. Ein Gegenvorschlag macht für die Wirtschaft nur dann Sinn, wenn er die aufgezeigten Verbesserungen sicherstellt und die Initianten den Rückzug der Initiative zusichern. Diese waren bislang aber nicht bereit, auf einen wirtschaftsverträglichen Kompromiss einzugehen.

Lassen Sie mich zum Abschluss meiner Ausführungen zum vierten und letzten Punkt kommen, nämlich zur:

#### **4. Forschung und Innovation im Dienst des Fortschritts**

Wir stellen in der Schweiz und in ganz Europa in breiten Gesellschaftskreisen eine bröckelnde Akzeptanz von wissenschaftlichen Erkenntnissen fest. Die politischen Folgen manifestieren sich beispielsweise in den beiden Moratorien in den Bereichen Gentech und Kernkraft.

Indes, die Diskussion über neue Technologien, und allgemein über Fortschritt, sollte nicht nur die realen und vermeintlichen Gefahren und Risiken beinhalten, sondern auch den Nutzen und die Chancen dieser neuen Technologien. Denn: Eine allgemeine Null-Risiko-Haltung ist der Tod jeglichen Fortschritts.

Hier haben wir alle, die Wirtschaft, die Politik und vor allem auch die Medien eine erhöhte Verantwortung, diese Diskussion objektiv und mit Weitsicht zu führen, zu begleiten und aufzuklären.

Unser Verband heisst nicht grundlos scienceindustries. Die Mitgliedsunternehmen leben von der Innovation und steuern jährlich fast 40% an den Gesamtaufwand für Forschung und Entwicklung in der Schweiz bei. Im vergangenen Jahr waren dies wiederum über 6 Milliarden Franken. Zudem investiert unser Verband mit der eigenen SimplyScience-Stiftung, die im vergangenen Herbst ihr 10-jähriges Jubiläum feiern konnte, in die Verständnisförderung von Naturwissenschaften und Technik bei Kindern und Jugendlichen.

Einschränkungen oder gar Verbote sind für eine offene Gesellschaft der falsche Weg. Dies gilt auch beim Pflanzenschutz. Hier steht die Forschung explizit im Dienst nachhaltiger Lösungen. Durch Forschungsinvestitionen fördern unsere Agrarunternehmen die Entwicklung nachhaltiger und schonender Wirkstoffe für den Pflanzenschutz. So hat in den letzten Jahrzehnten denn auch eine drastische Reduktion der ausgebrachten Wirkstoffmengen pro Hektar stattgefunden. Die Ausbringungsrate von Pflanzenschutzmitteln pro Hektar ist seit 1950 um 95% zurückgegangen. Die Landwirte können viel niedrigere Dosen anwenden und trotzdem die gleiche Schutzwirkung erzielen – die neuen Wirkstoffe sind nicht nur effizienter, sondern auch deutlich sicherer.

Aus diesen Überlegungen lehnt scienceindustries die anstehende Volksinitiative zum Verbot von synthetischen Pestiziden klar ab, wie übrigens auch der Bundesrat, der ein Nein ohne Gegenvorschlag empfiehlt.

Das Gleiche gilt für das jüngste Volksbegehren zum Tierschutz. Die extreme "Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative" wurde kürzlich mit über 120'000 Unterschriften eingereicht, was angesichts der extremen Forderungen erstaunt. Nicht nur würde die medizinische Forschung in der Schweiz verboten; nein, auch Patientinnen und Patienten in der Schweiz könnten nicht mehr mit Medikamenten versorgt werden, denn auch der Import von Medikamenten und Produkten würde verboten. Dass selbst der Schweizer Tierschutz die Initiative ablehnt, sagt eigentlich alles.

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, liebe Mitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir alle haben ein vitales Interesse an einem gesunden und international wettbewerbsfähigen Innovations- und Wirtschaftsstandort Schweiz – das ist die Grundlage für unseren Wohlstand.

Wir sollten uns bei den heissen Dossiers nicht in ideologische Grabenkämpfe verstricken, sondern uns auf pragmatische Lösungen einigen: Die Schweiz ist eine Konsensdemokratie und Konsens erzielt man nur, wenn man pragmatisch ist. In diesem Sinne rufe ich Sie als Vertreter von Unternehmen und Politik auf, gemeinsam gut-schweizerische pragmatische Lösungen für die weltweit besten staatlichen Rahmenbedingungen zu erarbeiten, damit wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig und erfolgreich bleiben.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.